

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Sendung und Verlag:  
Auer-Verlag und Druckerei  
Postfach 10. D. 8. Ann.  
Telegraphen-Adresse:  
Auer-Verlag.  
Fernsprech-Nummer 22. 21.

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 2.70 Mk., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 2.40 Mk. Bei den Postämtern und durch die Postanstalten 3.10 Mk., monatlich 2.70 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 8.00 Mk., monatlich 2.40 Mk. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste des Auer-Verlages zu ersehen. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste des Auer-Verlages zu ersehen. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste des Auer-Verlages zu ersehen.

№. 30

Freitag, den 6. Februar 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

**Der britische Geschäftsträger in Berlin.**  
Lord Kilnarnock, wird mit der Überreichung der Auslieferungsnote an die deutsche Regierung beauftragt werden.

Wie die **Morgen- und Abendzeitung** in Dresden meldet, sind als Tage der Reichstagswahl vorläufig der 12. oder der 18. September in Aussicht genommen. Eine amtliche Bestätigung hierfür war bisher nicht zu erlangen.

Der Verband **Salinger Fabrikanten** eine Kundgebung heute sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 19. Februar mit der Begründung, daß sie ein vertragbrüchiges Verhalten an den Tag gelegt hätten.

Die englische, französische und italienische Regierungen haben sich entschlossen, den Vertrag den sie am 24. April 1918 in London abgeschlossen haben, der **tschechischen Regierung** in Belgrad zu notifizieren.

## Der Ernst der Stunde.

H. G. Die deutsche Regierung hat die Auslieferungsnote nunmehr in der Hand und hat zu beraten, was werden soll. Unsere Gegner haben nicht hören wollen. Wir haben, wenn wir auch nicht recht daran glaubten, doch immer im Stillen gehofft, daß unsere Gegner einen Augenblick von Verblendung für Menschlichkeit und für die Ehre des deutschen Volkes zeigen würden. Wir sind eines schlechteren Befehrs worden. Nun sollen aber auch unsere Gegner, denn es handelt sich um Gegner und nicht um Mächte, mit denen wir eben Frieden geschlossen haben, sehen, was ist. Das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Klasse und der politischen Parteien verurteilt das Auslieferungsbegehren als schärfste. Durch diese ganz klare Stellungnahme des Volkes wird die Lage gekennzeichnet und der drohende Konflikt, der dadurch gegeben ist, daß die deutsche Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages einschließlich der §§ 228 bis 230 gezwungen wurde. Wenn die Regierung sich in Gegensatz zu der Meinung des ganzen Volkes setzen würde, so müßte sie, um die Durchführung dieser Paragraphen zu ermöglichen, ein Gesetz einbringen, das in der Nationalversammlung natürlich nicht die nötige Majorität finden würde. Die Koalition würde auseinanderfallen. Aber selbst wenn das Gesetz die Mehrheit fände, so würden sich keine Beamten finden, die an der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitwirken würden. Die Regierung ist einer solchen Haltung gegenüber ohnmächtig. Sie kann die Beamten zwar aus ihren Stellen entfernen, aber sie würde keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihren Befehlen zu fügen. Aber selbst schon durch die Tatsache, daß von der Regierung beratende Anweisungen gegeben würden, würde im Lande ein Sturm der Entrüstung entstehen. Die Soldaten brauchen gar nicht näher beschrieben zu werden, sie liegen auf der Hand. Im Zusammenhang damit würde der wirtschaftliche Zusammenbruch stehen der nicht nur die §§ 228 bis 230, sondern der den gesamten Friedensvertrag mit seinen über hundert Paragraphen völlig illusorisch machen würde. Unser Zusammenbruch würde aber zweifellos auch die bisherigen Gegner mit in den Abgrund reißen. Ueberredungen werden dem Ernst dieser Stunde nicht gerecht. Aber wir haben ein gutes Gewissen, daß wir nicht übertrieben haben, wenn wir die Lage so geschildert haben. Wägen unsere Gegner nun entscheiden, was werden soll. In ihre Hand ist gegeben: der Frieden oder das Weltenschicksal.

## Ein Jahr Nationalversammlung.

D. S. R. Am heutigen 6. Februar jährt sich der Tag, an dem in Weimar die Nationalversammlung ihre erste Sitzung abgehalten hat. Die zwölf Monate, die seither verfloßen sind, haben trotz allem bewiesen, daß die Einberufung des Parlamentes, das dem von höchsten Staatsräthen in die tiefste Verwirrung gestürzten deutschen Volke nach dem Zusammenbruch des alten Obrigkeitsstaates zunächst einmal eine neue Verfassung geben sollte, wirklich der große Willensakt war, mit dem dasselbe deutsche Volk den ersten Schritt auf dem Wege in eine neue Zukunft tat. Es ist seither viel für und gegen die Arbeit der Nationalversammlung gesagt worden. Die Gegner des neuen Regimes sind zugleich auch heftige Widersacher der Nationalversammlung gewesen, und sowohl auf der äußersten Linken wie ganz rechts hat man mit seiner Unabhängigkeit und seiner Kritik nicht zurückgehalten. Trotzdem bleibt das geschichtliche Verdienst dieses Parlamentes und daneben und darüber hinaus das der zu der Zeit noch herrschenden Regierungskoalition zusammengeschlossenen drei Mehrheitsparteien unbestreitbar. Es liegt auch in der Sache, daß die erwähnte Zustimmung nicht so sehr gegen die Nationalversammlung selbst als gegen die Verhältnisse gerichtet war, aus denen heraus alle Entscheidungen, Beschlüsse und Maßnahmen sowohl der Regierung, als des Parlamentes, wie der Mehrheitsparteien allein zu beurteilen sind. Die Nationalversammlung hatte als erste große Aufgabe die Herbeiführung des Friedens. Man weiß, daß das deutsche Volk damals in zwei große Lager geteilt war und daß die Unterwürfung erst nach schweren Kämpfen geistigt worden ist. In jener historischen Sitzung, in der der Beschluß darüber gefaßt wurde, haben aber auch die anderen Parteien dem Zentrum und der Mehrheitspartei demokratische, die für die Unterzeichnung eintraten, diese Selbstüberwindung als eine Tat des Vaterlandsliebes attestiert.

Und wenn das deutsche Reich heute noch als ein großer Staat besteht, in dem nicht das Willkürgebot der Feinde ohne Schranken regiert, sondern dessen Souveränität nur durch die übernommenen Pflichten aus dem Frieden beschränkt wird, so willen wir heute, daß das allein auf die Leistung jener Unterwürfung zurückzuführen ist. Auch die zweite gewaltige Aufgabe, die dem Weimarer Parlament erwuchs, wurde bewältigt: die Schaffung der Verfassung. In ihr wurde die Einheit des deutschen Volkes in eine dauernde, feste Form gegossen und jenseits aller mehr oder minder berechtigten Kritik bleibt die bedeutsame Tat-

fache bestehen, daß der Einheitsgedanke durch sie in Kraft gesetzt und dem Ziele des einheitlichen deutschen Volksstaates in organischer Entwicklung zutreiben wird. Das dritte Problem war die Wiedergewandlung der Reichsfinanzien, und in ihm befinden wir uns noch mitten darin. Aber daneben bezieht sich die lange Reihe der Vorlagen und angenommenen Entwürfe beinahe ins Unendliche. An eines noch mag erinnert werden: die Verlegung nach Weimar, die seither verschiedentlich auf Widerspruch. Der 18. Januar dürfte aber auch diese Proteste endgültig eines Besseren belehrt haben.

## Die Schande der Entente.

### Der Standpunkt der Regierung.

Wie die Berliner Abendblätter vom Donnerstag melden, äußerte sich gestern ein Mitglied der Reichsregierung über den Standpunkt der Regierung zu der Frage der Auslieferung vor Vertretern der Presse und erklärte dabei u. a.: Wir befinden uns gegenwärtig in einer kritischen Situation, ähnlich der im Juni vorigen Jahres, als die Regierung vor der Frage stand, ob sie den Friedensvertrag unterzeichnen sollte oder nicht. Wir machten damals zunächst den Versuch, die sogenannte Ehrenklausel im Friedensvertrag abzulehnen; als aber die Entente in einem Ultimatum die unveränderte Annahme verlangte, haben wir unter dem Druck des drohenden Einmarches uns entschlossen, dieser Forderung Folge zu leisten. Wir haben dann weiterhin immer und immer wieder der Entente gegenüber betont, daß die Durchführung der Auslieferungsparagraphen für uns unmöglich wäre, daß sie keine Regierung finden würde, welcher die Durchführung möglich wäre. Wir haben weiter den Versuch gemacht, die Liste der Auszuliefernden und die Angaben der Beschuldigungen zu erhalten, damit wir selbst gegen die Schuldigen einschreiten könnten, sind aber dabei stetig auf Ablehnung der Entente gestoßen. Im November v. J. haben wir dann den durch die letzten Veröffentlichungen bereits bekannt gewordenen neuen Versuch durch Herrn von Sinsow gemacht in der Auslieferung zu einer Verständigung zu gelangen, jedoch wiederum ohne Erfolg. Wir wissen heute noch nicht, was die Entente tun wird. Jedenfalls ist die Reichsregierung einmütig der Ueberzeugung, daß eine Erfüllung des Auslieferungsbegehrens unmöglich ist, und daß in Deutschland auch keine andere Regierung denkbar ist, die in der Lage wäre, das Auslieferungsbegehren zur Ausführung zu bringen.

Die Regierung hält es für bedauerlich, daß Herr von Sinsow, entgegen seiner ausdrücklichen Instruktion, die Weiterleitung der Note an die deutsche Regierung abgelehnt hat. In einer solchen Lage müßte das Wohl des Ganzen höher stehen als die Ehrauffassung eines Einzelnen. Unsere Lage ist dadurch nur schwieriger geworden, daß wir im Augenblick in Paris ohne geeignete Vertretung sind. Der deutsche Geschäftsträger Mayer werde voraussichtlich noch Donnerstagabend nach Paris abreisen. Die Regierung ist jedenfalls nach wie vor bestrebt, durch weitere Verhandlungen einen Ausweg zu finden.

### Der Reichsrat lehnt ab!

Der Reichsrat stimmte in seiner gestrigen öffentlichen Sitzung der folgenden, vom preussischen Minister des Innern Heine verlesenen Erklärung zu:

Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder bekennt sich zu dem heute kundgegebenen Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Auslieferung Deutscher an die Entente. Der Reichsrat, weit entfernt, gefällig strafbare Taten einer ordentlichen Untersuchung und Abmilderung vor deutschen Gerichten entgegen zu stellen, soll die Zustimmung des deutschen Volkes über die Zustimmung der Entente, ihr Hunderte deutscher Männer anzuliefern. Der Reichsrat ist überzeugt, daß die Bevölkerung aller deutschen Länder hierbei entschlossen hinter der Reichsregierung steht. Auch er erklärt mit der Reichsregierung das Verlangen der Entente für unerfüllbar. Der Reichsrat appelliert gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach an den Gerechtigkeitssinn der Welt.

Die Mitglieder des Reichsrates hatten sich während der Berlesung von ihren Plätzen erhoben.

### Die Nationalversammlung nach der Auslieferungsnote.

Auf Veranlassung der Regierung treten am Sonntagabend die Vorstände der Fraktionen der Nationalversammlung zusammen, um zu der Frage, die durch das Auslieferungsbegehren der Entente entstanden ist, Stellung zu nehmen.

### Eine Erklärung in der preussischen Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung gab Präsident Heinert folgende Erklärung ab:

Als von dem Antonia Kämpfer die Auslieferungsnote hat die größte Empörung und Enttäuschung der Landesversammlung hervorgerufen. In Uebereinstimmung mit der Reichsregierung hält die Landesversammlung die Durchführung der Auslieferung für unmöglich, weil kein Deutscher die

Hand dazu bieten würde. Das Verlangen der Entente ist geboren aus der Rücksicht eines übermächtig gewordenen Gegners.

Darauf wurde die Aufhebung der Sitzung gegen die Stimmen der Unabhängigen einstimmig beschlossen.

### Die Heerführer zur Auslieferungsfrage.

Am 7. Januar nachmittag hat in Berlin eine Versammlung zahlreicher Vertreter des Heeres und der Marine, darunter der hervorragendsten Führer, stattgefunden, die zur Auslieferungsfrage Stellung genommen hat. Es herrschte völlige Einigkeit darüber, daß es nicht gegen die Ehre eines Deutschen gehe, sich der Auslieferungsnote zu entziehen und daß kein Deutscher sich einfach freiwillig stellen dürfte gegen einen etwa erlassenen Haftbefehl, der sofort Recht und Ordnung einzulegen. Diese Anschauungen wurden in einem Beschluß niedergelegt.

### Generalfeldmarschall von Blom

empfing einen Vertreter des Hof. Am 7. Der Heerführer betonte, daß die Männer, die auf der Auslieferungsnote stehen, nur die Pflicht ihrem Vaterlande gegenüber erfüllt hätten. Die Auslieferungsbestimmung sei daher ein Schmach, der sich kein Deutscher freiwillig fügen dürfe. Er würde sich unter keinen Umständen freiwillig der Entente zur Verfügung stellen und daher die Dinge an sich herantreten lassen. Der Feldmarschall glaubte, im Namen der meisten Heerführer zu sprechen, die auf der Liste stehen, wenn er diese Ansicht vertreten.

### Die Auffassung Rostes.

Reichswehrminister Roste äußerte sich zu einem Berichterstatter der Daily Mail u. a. wie folgt: Ich habe vor ungefähr acht Tagen mit dem englischen Geschäftsträger über die Auslieferungsfrage gesprochen, und ich glaube, daß es das Beste ist, wenn ich Ihnen jetzt das Gleiche wiederhole. In der Auslieferungsnote geht es um die Auslieferung von Deutschen an die Entente, um der Forderung der Entente zu entsprechen, nicht weil mir daran gelegen ist, den Friedensvertrag zu sabotieren, sondern weil kein Mensch in Deutschland in der Lage ist, diese Forderung des Friedensvertrages zu erfüllen. Der englische Geschäftsträger hat mir daraufhin geantwortet, daß es sich um eine Bestimmung des Friedensvertrages handelt. Das ist richtig. Aber jedermann, der über die Vorgänge beim Friedensschluß orientiert ist, weiß, daß es schon damals über die sogenannten Schmachparagraphen zu schweren Konflikten gekommen ist. Noch nie nach einem Kriege ist ein solches Unsinnen einem Volke gestellt worden. In Frankreich gibt der Fall Röchling eine Probe von der zu erwartenden Nachsprechung. Aber davon ganz abgesehen, der Versuch, auszuliefern, scheitert sofort, wenn auch nur der Anfang dazu gemacht wird. Die Durchführung ist einfach unmöglich. Die Truppe würde einem Befehl, bei der Auslieferung mitzugehen, niemals Folge leisten. Das Instrument, das sich allein die Ruhe gewährleisten würde, würde zerbrechen. Wenn ein anderer an meiner Stelle versuchen würde, mir Hilfe der Truppe die Auslieferung durchzuführen so würde er keine Autorität haben und nichts erreichen. Die Sachlage ist also so, daß, wenn ich mich meine Verantwortungen von Versuch machen würden, die Forderung der Entente zu erfüllen, die ich für schädlich und schändlich halte, mir das Land in schwerste Wirrnisse bringen.

Wer regieren soll, wenn die Regierung zurückträte, kann ich mir nicht vorstellen. Eine Parlamentärregierung, welche die Geschäfte weiterführen will, wäre nicht vorhanden. Auch die Unabhängigen, die dazu vielleicht bereit wären, hätten keine Möglichkeit, die Auslieferung durchzuführen. Wer die Auslieferung versucht, würde den Bürgerkrieg entfesseln. Eine Regierung der Konterpartien ist undenkbar; sie würde erst recht nicht ausliefern. Es kommt also darauf hinaus, daß die Entente nachdem sie vier Jahre lang als Kriegsziele die Demokratisierung Deutschlands angedeutet hat, die letzte Regierung stürzt, ohne die Möglichkeit, eine leistungsfähige andere zu erhalten.

### Das Schreiben des Freiherrn v. Bersner.

Die englischen Zeitungen veröffentlichten den Text des Schreibens, das Freiherr v. Bersner an den Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles gesandt hat. Es lautet:

Paris, den 2. Februar.

Herr Präsident! Ihre Excellenz haben mir heute abend eine Note überreicht, die die Forderung der Deutschen enthält, deren Auslieferung die allierten

in der Halle  
1920  
ren,  
b. 2.75 W.  
Klinge,  
5 W.,  
Gens-  
arten.  
!!!  
geöffnet!  
Kunwerks  
3  
februar  
Romane:  
abeleine.  
hof  
iten  
1/2 Uhr.  
den-Vorlt.  
heider.  
Aue  
Str.  
erzen-  
Witten.  
Wirts  
ball  
n!  
6 Uhr.  
ania  
1878  
all  
mache  
ogo.  
r. Aue.  
1/2 Uhr  
ung.  
ur neuen  
Mitglieder  
nleitung.  
hofft  
tinerhof  
ung.  
stand.  
e  
Zeit die  
se  
art-  
chen 1